

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Rheingönheim**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Freitag, den 22.05.2015
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	17:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

## **Anwesend sind:**

### Ortsvorsteherin

Julia-Caterina May

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Peter Niedhammer

Stefan Röth

Dieter aus den Birken

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Volker Ritthaler

Ursula Seibel

### Schritfführer/in

Martina Majorosi

## **Entschuldigt fehlen:**

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Thomas Kramb

### FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

## Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht OrtsvorsteherIn
3. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Tag des Verkehrs: Verkehrsproblematik Mozartschule  
Vorlage: 20151205
4. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Anleinplicht für Hunde  
Vorlage: 20151209
5. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Alternative Bestattungsformen  
Vorlage: 20151208
6. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Zustand der Gebäude auf dem Friedhof Rheingönheim  
Vorlage: 20151207
7. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Ärztliche Versorgung im Ortsbezirk  
Vorlage: 20151211
8. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Stand der Einzelhandelsversorgung  
Vorlage: 20151210
9. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Anwesen Hauptstraße 166  
Vorlage: 20151206

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ausschuss war beschlussfähig.

Die Ortsvorsteherin Frau May begrüßt alle Teilnehmer zur Ortsbeiratssitzung und eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Ortsbeirat Dr. Schell (FDP) und Ortsbeirat Kramb (CDU). Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es keine.

## **Protokoll:**

### **zu 1      Einwohnerfragestunde**

Zur Einwohnerfragestunde liegt der Ortsvorsteherin nichts vor. Von den anwesenden Bürgern meldet sich niemand zu Wort.

### **zu 2      Bericht OrtsvorsteherIn**

Ortsvorsteherin May berichtet über den Tag des Verkehrs, welcher am 24.03.2015 stattgefunden hat in Rheingönheim. Die vielen Fragen zur Mozartschule werden später in Tagesordnungspunkt 3 behandelt.

Die Ortsvorsteherin teilt mit, dass eine Begehung stattgefunden hat mit den Ortsbeiratsmitgliedern, Mitarbeitern der Verwaltung und der Polizei. Es wurden verschiedene kritische Punkte vorbesprochen und teilweise auch Ortsbegehungen durchgeführt. Das Gespräch verlief sehr konstruktiv und die Ortsbeiratsmitglieder haben sich sehr darüber gefreut, dass die Verwaltung viel Zeit in diesen Termin investiert hat. Es wurden vom Ortsbeirat alle Themen vorgetragen, welche von den Bürgern an ihn herangetragen wurden. Und auch „Kleinigkeiten“, wie z. B. die Einmündung Benngewannstraße auf die Hauptstraße - schlechte Einsicht in den fließenden Verkehr - wurden besprochen. Es wird jetzt von der Verwaltung geprüft, was es dort für Änderungsmöglichkeiten gibt.

Die größeren Punkte, welche auch schon im Ortsbeirat länger zur Diskussion standen, wurden teilweise vor Ort besprochen.

Die Kreuzung an der Neuhöfer Straße, welche einen schwierigen Winkel aufweist, wurde vor Ort besichtigt und die Verwaltung prüft nun, ob dort eine Kreisverkehrslösung realisiert werden kann. Es wird voraussichtlich eine kostengünstige Variante eines Kreisverkehrs gewählt, welche aufgepflastert oder aufgemalt wird. So soll diese für die Verkehrsteilnehmer schwierige Stelle entschärft werden.

Die anderen großen Themen waren die Mozartschule und die Limesstraße, welche auch schon öfters im Ortsbeirat besprochen wurden. Für die Limesstraße liegt noch kein ordentliches Verkehrskonzept vor für die Zeit nach der Sanierung und Neubezug des Kindergartens. Dort soll geprüft werden, ob man probeweise eine Einbahnstraße einrichtet, um auch für die Sicherheit der Kinder zu sorgen. In welche Fahrtrichtung diese verlaufen soll, muss noch festgelegt werden.

Die Ortsvorsteherin ist zuversichtlich, dass sich in Zukunft etwas tun wird an der Verkehrsproblematik in Rheingönheim. Sie erwähnt noch einmal, dass der Ortsbeirat dies in der Vergangenheit auch oft genug gefordert hat.

Im Gemeindehaus wurde die Toilette renoviert. Sie befand sich in einem fürchterlichen Zustand und die Renovierung war dringend nötig, da diese Toilette auch als öffentliche Toilette von Bürgern während der Öffnungszeiten genutzt werden kann. Leider verfügt Rheingönheim nicht wie andere Stadtteile über öffentliche Toilettenhäuschen.

Die Ortsvorsteherin verliest eine Antwort von der Verwaltung, welche noch nachträglich zur Ortsbeiratssitzung vom 27.02.2015 eingereicht wurde. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 5, Anfrage der CDU-Fraktion „Prüfung der Wegesituation in der Kornackerstra-

ße“. Hier gab der Bereich Grünflächen und Friedhöfe folgende Stellungnahme ab:  
„Dieser Weg ist städtisch und in der Inhaberschaft vom Bereich Umwelt. Im Zuge der Verkehrssicherungspflicht wird eine Überarbeitung geprüft und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wird der Weg in einen annehmbaren Zustand versetzt.“

Ortsbeirat aus den Birken (SPD) ist der Meinung, dass auch eine Beleuchtung für diesen Weg notwendig ist. Die Ortsvorsteherin antwortet, dass der Ortsbeirat auf jeden Fall dranbleiben und überprüfen muss, ob sich in dieser Richtung etwas entwickelt.

Ortsvorsteherin May schließt ihren Bericht damit ab.

Ortsbeirat Ritthaler (CDU) hat noch eine Frage zur Verkehrszählung in der Hilgundstraße, da er am Tag des Verkehrs leider beruflich verhindert war. Die Ortsvorsteherin weist darauf hin, dass diese Straße zum Bereich Mozartschule gehört und in Tagesordnungspunkt 3 besprochen wird.

### **zu 3           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Tag des Verkehrs: Verkehrsproblematik Mozartschule**

Ortsbeirat Röth (SPD) stellt noch einmal die Thematik vor. Insbesondere der Hol- und Bringverkehr an der Mozartschule sorgt für unhaltbare Zustände und die Sicherheit der Kinder ist dort gefährdet. Durch rücksichtsloses Parken sind auch die Feuerwehrezugänge dort oft versperrt. Am Tag des Verkehrs wurde vereinbart, dass ein Ortstermin mit der Ortsvorsteherin und den betroffenen Bereichen Straßenverkehr und Schulen stattfinden soll. Dieser Termin hat zwischenzeitlich stattgefunden und die SPD-Fraktion bittet um Rückmeldung, was dabei herausgekommen ist und welche Möglichkeiten es gibt, hier Abhilfe zu schaffen?

Die Ortsvorsteherin erläutert, dass der Termin am 29.04.2015 stattgefunden hat. Außer ihr waren die Polizei, Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Schule und des Elternbeirats anwesend. Vor Schulbeginn ab 7.15 Uhr wurde die Verkehrssituation vor Ort beobachtet. Ergebnis dieser Beobachtungen war, dass es zu baulichen Veränderungen kommen muss, da ein Lotsendienst für die Schüler hier nicht ausreichend ist und auch nicht durch Freiwillige zu leisten ist.

Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

An der Königstraße/Ecke Hilgundstraße wird eine sogenannte „Beruhigungsinsel“ gebaut werden, damit hier keine Autos und insbesondere auch Kleinbusse mehr parken können, da diese erheblich die Sicht der Kinder auf den Verkehr behindern. Hier wird eine Sperrfläche eingerichtet, Parken ist somit unmöglich.

In der Halteverbotszone gegenüber der Schule, wo sich auch die Feuerwehreinfaht befindet, sollen flexible Poller eingerichtet werden, über welche die Feuerwehrfahrzeuge im Notfall fahren können. Dieses Hindernis muss geschaffen werden, da Schilder und Sperrflächen an dieser Stelle von den Verkehrsteilnehmern leider ignoriert werden. Eine Rücksprache zwischen Verwaltung und Feuerwehr wird noch stattfinden.

An dieser Stelle der Straße hängt derzeit auch ein Gerät zur Verkehrszählung.

Ortsbeirat Ritthaler (CDU) merkt an, dass dieses Gerät wahrscheinlich keine Daten aufzeichnen kann, da es zugeparkt ist von einem großen Van. Ortsvorsteherin May wird der Verwaltung diese Situation mitteilen, damit Abhilfe geschaffen werden kann.

Ortsbeirat Röth (SPD) zeigt sich überrascht, dass die Ergebnisse so positiv ausgefallen sind und spricht der Verwaltung ein Lob aus, dass die Situation endlich ernst genommen wurde.

Er hofft jetzt auf eine baldige Umsetzung der Verbesserungsvorschläge.

Ortsbeirat Ritthaler (CDU) macht noch einmal darauf aufmerksam, dass sich eine Einbahnstraßenlösung in dem Bereich der Königstraße/Hilgundstraße entspannend auf die Verkehrslage auswirken würde. Leider lehnt die Verwaltung diese Regelung nach wie vor ab. Der Ortsbeirat sollte weiterhin an der Forderung nach einer Einbahnstraßenregelung festhalten. Dies wird auch von Ortsbeirat Niedhammer (SPD) so gesehen. Die Carolistraße sollte ebenfalls in eine Einbahnstraße umgewandelt werden. Vorschlag seinerseits wäre, den Kontakt zu Frau Heller-Andor, Bereich Straßenverkehr, aufzunehmen, da ihr die Problematik dort evtl. noch nicht bekannt ist.

#### **zu 4       Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion           Anleinplicht für Hunde**

Ortsbeirat Niedhammer (SPD) teilt mit, dass er schon öfter von Bürgern/Läufern angesprochen wurde, welche im Bereich des Wertstoffhofes ihren Sport ausüben, dort nehmen viele Hundebesitzer ihre Hunde von der Leine und lassen sie frei laufen. Es wurde berichtet von Übergriffen von Hunden auf Läufer und Wilderei durch Hunde. Die Frage der SPD-Fraktion ist nun, ob es in Ludwigshafen ausgewiesene Hundeflächen gibt oder ob Flächen bereitstehen, die man für diesen Zweck nutzen könnte? Oder gibt es eine generelle Anleinplicht in Ludwigshafen?

Die Ortsvorsteherin liest die Antwort des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe vor.

„Leider gibt es in Rheingönheim keine Hundenauslaufflächen, da keine entsprechend großen Flächen zur Verfügung stehen.“

Vom Bereich Umwelt liegt ebenfalls eine Stellungnahme vor:

„In der Gemarkung Rheingönheim gilt grundsätzlich das Anleingebot. Davon nicht erfasst sind die Feldwege zwischen landwirtschaftlich genutztem Gelände. In der Rheinpfalz vom 06.03.2015 hat die Stadtverwaltung an Hundehalter appelliert, auch hier die Hunde konsequent anzuleinen, um Wilderei und Schäden auf Feldern zu vermeiden.

Am 29.03.2014 wurde in Rheingönheim ein Reh in der Nähe des Wertstoffhofes von einem Hund totgebissen. Der Hundehalter aus Altrip konnte ermittelt werden. Die Akte wurde zuständigkeithalber an die Gemeindeverwaltung Altrip und an die Polizei abgegeben. Ein Ergebnis der Ermittlungen ist nicht bekannt.

Nach Meldung eines Bürgers am 08.04.2015 kontrollierte der Vollzugsdienst den Friedhofszaun in Rheingönheim. Hier sollte sich ein Reh verfangen haben, welches aber nicht auffindbar war. Nach Mitteilung des Jagdpächters war das Reh am Giulinihain durch das Hetzen eines Hundes zu Tode gekommen. Auch am 18.04.2015 wurde ein Reh zu Tode gewildert durch einen Hund. Der Hundehalter konnte nicht ermittelt werden.

Dem Jagdpächter wurde empfohlen, in solchen Fällen Anzeige gegen Unbekannt zu erstatten und wegen der Bissspuren die Amtstierärztin hinzuzuziehen.

Sonderkontrollen des Vollzugsdienstes fanden statt, Verstöße wurden keine festgestellt.“

Dem Ortsbeirat war leider nicht bekannt, dass die Hundeanleinplicht nicht auf Feldwegen gilt. Diese Information wäre wichtig gewesen.

Ortsbeirat Röth (SPD) bittet um Aufnahme ins Protokoll, dass die Frage 4 aus der Anfrage der SPD-Fraktion leider nicht beantwortet wurde. Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung noch einmal um Beantwortung der Frage: „Besteht die Möglichkeit ein städtisches Gelände

beim Kleintierzucht-Verein als Hundeauslauf-Gelände auszuweisen?“ Die Antwort soll baldmöglichst nachgereicht werden.

Die Ortsvorsteherin teilt mit, dass sie auch schon von Hundehaltern angesprochen wurde wegen Hundeauslaufflächen. Es besteht großer Bedarf für solche Flächen in Rheingönheim.

#### **zu 5           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Alternative Bestattungsformen**

Ortsbeirat Niedhammer (SPD) berichtet, dass immer mehr Bürger auf ihn zukommen bezüglich neuer Bestattungsformen für den Friedhof Rheingönheim. Auf dem Friedhof gibt es ungenutztes Gelände, welches man für neue Bestattungsformen nutzen könnte, z. B. einen Memoriam-Garten. Die SPD-Fraktion hatte vor einigen Jahren schon einmal bei der Verwaltung diesbezüglich nachgefragt, wobei man aber zu keinem Ergebnis kam. Diesmal sollte das Vorhaben jedoch umgesetzt werden.

Die Ortsvorsteherin liest die Antwort des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe vor:

„Ein Memoriam-Garten ist eine Bestattungsform, welche von Investoren angeboten wird. Der Friedhofsverwaltung liegt keine Anfrage eines Anbieters vor für Rheingönheim.

Möglichkeiten für alternative Grabanlagen in Rheingönheim werden derzeit geprüft.“

Ortsvorsteherin May berichtet, dass sie Kontakt aufgenommen hat zu Herrn Litz, dem Vorsitzenden des Vereins für gärtnerbetreute Grabanlagen. Es wird auch ein Ortstermin auf dem Friedhof stattfinden und es wird geprüft, ob Interesse der örtlichen Gärtner an diesem Vorhaben besteht. Die Antwort der Verwaltung steht allerdings noch aus.

Ortsbeirat Niedhammer (SPD) bemängelt, dass in der Anfrage der SPD-Fraktion um einen mündlichen Bericht in der Sitzung gebeten wurde, aber nur eine kurze schriftliche Stellungnahme vorliegt.

Die Ortsvorsteherin merkt dazu noch an, dass die Verwaltung in ihren Antworten oft den Hinweis auf Nichtzuständigkeit gibt, aber keine Kontaktdaten eines zuständigen Ansprechpartners herausgibt.

Ortsbeirat Röth (SPD) stellt fest, dass es immer mehr freie Gräber gibt und der WBL auch ein Interesse daran haben müsste, den Friedhof Rheingönheim umzugestalten und die vorhandenen Lücken zu schließen. Es existieren bereits Memoriam-Gärten in anderen Stadtteilen von Ludwigshafen und diese funktionieren anscheinend gut.

Im Protokoll soll festgehalten werden, dass die Stadtverwaltung ihr Prüfergebnis bitte bis zu den Sommerferien dem Ortsbeirat Rheingönheim vorlegen soll in schriftlicher Form. Gegebenenfalls kann dann in der nächsten Sitzung des Ortsbeirates noch ein mündlicher Bericht erfolgen.

Ortsbeirat Niedhammer (SPD) kann sich vorstellen, dass eine Sitzung außerhalb des Ortsbeirates mit allen Beteiligten stattfindet.

Ortsvorsteherin May stimmt dem zu und hat die Idee zu einer Bürgerversammlung, weil sie auch von interessierten Bürgern in der Sprechstunde darauf angesprochen wurde.

#### **zu 6           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion**

## **Zustand der Gebäude auf dem Friedhof Rheingönheim**

Ortsbeirat Röth (SPD) berichtet, dass die Gebäude auf dem Friedhof Rheingönheim in einem sehr schlechten Zustand sind, insbesondere im Bereich der Toilettenanlagen. Am Beispiel der Fenster sieht man, dass man in den Vorjahren mehr hätte machen müssen, dann wären sie jetzt nicht auswechslungsbedürftig. Die Trauerhalle weist Wasserschäden auf.

Im Werkausschuss lag auch einmal ein Sanierungskonzept für die Friedhöfe vor, jedoch ist in der Zwischenzeit nichts passiert und deshalb richtet sich die Anfrage an die Verwaltung, ob dieses Konzept noch ausgeführt werden soll und wann.

Die Ortsvorsteherin liest die Antwort des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe vor:

„Der ursprünglich geplante Sanierungsplan sah vor, dass 2014 in Rheingönheim eine Teilerneuerung der Heizungsanlage, des Daches und der Fassade sowie eine Umgestaltung der Besuchertoiletten mit einem Gesamtvolumen von 50.000,00 Euro erfolgen sollte. Außerdem sollten die Holzfenster gegen Kunststofffenster ausgetauscht werden. Durch den Ausfall der Heizungsanlage wurde allerdings eine Kompletterneuerung der Heizungsanlage in der Rheingönheimer Trauerhalle nötig und umgehend ausgeführt. Durch diese außerplanmäßige Vorziehung und Sanierungsmaßnahmen in anderen Trauerhallen der Stadt kam es zu Verzögerungen im Zeitplan und die Sanierungsmaßnahmen der Gebäude auf dem Rheingönheimer Friedhof wurden dementsprechend verschoben.“

Ortsbeirat Röth (SPD) bittet darum, im Protokoll festzuhalten, dass diese Antwort sehr unbefriedigend ausfällt. Es wäre eigentlich angemessen gewesen, den Ortsbeirat unaufgefordert darüber zu informieren, dass dieses Sanierungskonzept so nicht ausgeführt werden kann. Zumal bekannt ist, dass Schwierigkeiten dort bestehen und Gebäude auch nicht besser werden, wenn man Schäden nur ausbessert und nicht endgültig behebt. Die SPD-Fraktion weist noch einmal auf die Dringlichkeit der Sanierungsarbeiten hin und möchte noch einmal eine Antwort auf die Frage, wann und mit welchem finanziellen Umfang nun die Sanierung durchgeführt wird.

### **zu 7      Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion           Ärztliche Versorgung im Ortsbezirk**

Ortsbeirat Röth (SPD) erläutert, dass bereits in der Vergangenheit die ärztliche Versorgung in Rheingönheim ein Thema im Ortsbeirat war. Damals ging es um die fachärztliche Versorgung im Stadtteil, konkret auch um einen Kinderarzt. Heute geht es mehr um die hausärztliche Versorgung und auch um die Frage nach einem medizinischen Versorgungszentrum. Deshalb die Anfrage nach einer Bewertung der medizinischen Versorgung im Stadtteil Rheingönheim. Wie bewertet die Verwaltung diese und besteht noch Bedarf für die Niederlassung weiterer Haus- und Fachärzte? Ist Rheingönheim evtl. ein Standort für ein kleines medizinisches Versorgungszentrum?

Ortsvorsteherin May liest die Antwort des Bereichs Stadtentwicklung vor:

„Dem Bereich Stadtentwicklung liegen momentan keine aktuellen Übersichten zu niedergelassenen Ärzten innerhalb des Stadtteils vor.“

Eine Recherche bei der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz (KVRLP) brachte folgendes Ergebnis:



Die Bedarfsplanung der KVRLP regelt, wie viele Ärzte sich innerhalb einer Region niederlassen dürfen. Hierzu wird das Verhältnis von Arzt zu Einwohnern ebenso berücksichtigt wie auch die Altersstruktur der Bewohner und entsprechende Planungsbereiche ausgewiesen. Hausärzte werden dabei kleinräumig beplant. Fachärzte großflächiger. Die Arztdichte wird durch den sogenannten Demographiefaktor an das Alter und somit an den höheren Versorgungsbedarf der Bevölkerung angepasst.

Eine Niederlassung von Ärzten ist nur möglich, wenn der besagte Planungsbereich nicht als gesperrt eingestuft ist und eine Unterversorgung der Bevölkerung vorliegt.

Der Bereich Ludwigshafen gilt für alle Fachrichtungen als überversorgt und damit als gesperrt. Ärzte können sich nur neu niederlassen, wenn ein Vertragssitz der Fachgruppe innerhalb des Planungsbereichs frei wird.“

Ortsbeirat Röth (SPD) findet die Antwort ist unbefriedigend, weil die Frage nach dem medizinischen Versorgungszentrum nicht beantwortet wurde. In anderen Stadtteilen sind schon Ärzte weggezogen, um sich in einem medizinischen Versorgungszentrum anzusiedeln. Dies könnte Rheingönheim auch drohen.

Ortsbeirat Ritthaler (CDU) weist darauf hin, dass in dem Bericht das Stadtgebiet erwähnt ist und es nicht um einzelne Stadtteile geht. Das Stadtgebiet ist gesperrt für die Neuansiedlung von Ärzten.

Ortsbeirat Röth (SPD) ist der Meinung, dass es für Ärzte ansprechender wäre sich in Rheingönheim niederzulassen, wenn es ein Versorgungszentrum gäbe. Die Stadtverwaltung sollte sich aus stadtplanerischen Gesichtspunkten dazu äußern, ob diese Überlegung interessant wäre für Rheingönheim. Anscheinend ist dies nicht der Fall, da keine Antwort auf diese Frage erteilt wurde.

Ortsbeirat Niedhammer (SPD) gibt noch an, dass in dem Ortsbeirat der vorherigen Wahlperiode ein Gespräch stattfand mit Kinderärzten. Aber leider bestand bei den anwesenden Hausärzten keine Bereitschaft einer Praxisteilung und ein Kinderarzt allein wollte nicht das Risiko eingehen, hier eine Praxis zu eröffnen, somit wurde das Vorhaben wieder verworfen.

## **zu 8           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Stand der Einzelhandelsversorgung**

Ortsbeirat Röth (SPD) erläutert, dass es der SPD-Fraktion wichtig ist über den Stand der Einzelhandelsversorgung informiert zu sein. Es gab Zeiten in Rheingönheim - nach Schließung des Plus-Marktes in der Hauptstraße - in denen kein Lebensmittelgeschäft zu Fuß erreichbar war. Die Verwaltung traf damals die Aussage, dass Rheingönheim überversorgt sei, durch die Supermärkte „Hit“ im Sandloch, „Aldi“ und „Rewe“ in der Mörschgewanne.

Derzeit gibt es Veränderungen im Sandloch, die Pläne sind schon konkret. Es gibt Überlegungen von Investoren, Grundstücke in Rheingönheim anzukaufen. Da im Ortsbeirat auch früher schon öfter über die Einzelhandelsversorgung diskutiert wurde, wollte die SPD-Fraktion nun den aktuellen Stand der Entwicklungen erfahren.

Die Ortsvorsteherin berichtet, dass der Bereich Stadtentwicklung leider aufgrund der Kürze der Zeit keinen Bericht für die heutige Sitzung vorlegen kann. Der Tagesordnungspunkt wird daher auf die nächste Sitzung des Ortsbeirates verschoben.

**zu 9           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Anwesen Hauptstraße 166**

Ortsbeirat Niedhammer (SPD) erklärt, dass das Anwesen Hauptstraße 166 inzwischen mit einem Bauzaun und einer grünen Plane zur Verschönerung eingerahmt wurde, damit niemand das Gelände betritt. Die Frage ist, was mit dem Gebäude in Zukunft passieren soll. Es gibt Interessenten, die sich für dieses Gelände interessieren würden. Wäre es möglich, dieses Anwesen zu veräußern und so evtl. auch ein gepflegteres Stadtbild herzustellen durch einen Abriss der alten Scheune?

Die Ortsvorsteherin gibt noch einen Hinweis für die Zuhörer, dass auch angefragt wurde, ob man den Erlös aus dem Verkauf für Maßnahmen im Stadtteil, z. B. Kreisel Neuhöfer Straße oder Wildpark, einsetzen könnte.

Es liegen zwei Antworten der Bereiche Grünflächen und Friedhöfe und Immobilien vor, welche Ortsvorsteherin May vorliest.

Der Bereich Grünflächen und Friedhöfe teilt mit, dass das Anwesen Hauptstraße 166 Teil der Eröffnungsbilanz des Bereiches Grünflächen und Friedhöfe ist und dem Wildpark zugeordnet ist. Das auf dem Grundstück befindliche Gelände steht derzeit leer. Das Gelände ist gesichert und kann nicht betreten werden. Über eine weitere Verwendung des Gebäudes wird derzeit aktuell abgestimmt.

Der Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen kann sich eine Veräußerung durchaus vorstellen, allerdings kann der zu erwartende Erlös derzeit nicht beziffert werden.

Der mögliche Erlös kann nicht für verkehrstechnische Baumaßnahmen verwendet werden. Solche Bauvorhaben müssen durch den Inhaber (Straßenbau) finanziert werden.

Die Erneuerung des Luchsgeheges im Wildpark wird durch den Förderverein Wildpark finanziert. Es müsste geprüft werden, ob ein möglicher Erlös evtl. für andere dringend nötige Erneuerungsmaßnahmen im Wildpark verwendet werden könnte.

Der Bereich Immobilien teilt noch zusätzlich folgendes mit:

„Wegen dem aktuellen Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge werden derzeit alle städtischen Liegenschaften, also auch dieser Standort, in die Prüfungen mit einbezogen.“

Ortsvorsteherin May merkt dazu noch an, dass von Seiten der Verwaltung zugesichert wurde, dass alle städtischen Grundstücke zur Überprüfung stehen. Erst nach einer erfolgten Überprüfung mit dem Ergebnis, dass es sich um keinen geeigneten Standort für eine Flüchtlingsunterkunft handelt, darf ein Grundstück in die Vermarktung gehen. Der Ortsbeirat darf dazu keine Beschlüsse fassen, aber es wurde ihr zugesichert, dass - wie in der Vergangenheit auch - die Ortsvorsteherin stark miteinbezogen wird in diesen Prüfungsprozess.

Der Bereich Kämmerei hat auf die Frage nach der zweckgebundenen Verwendung eines eventuellen Verkaufserlöses folgende Antwort gegeben:

„Die Zweckbindung von Erträgen/Einnahmen ergibt sich aus § 15 Abs. 1 GemHVO. Demnach sind Erträge für die Verwendung bestimmter Aufwendungen aufgrund etwaiger bestehender rechtlicher Verpflichtungen beschränkt oder aber sie können durch Haushaltsvermerk als zweckgebunden erklärt werden, sofern sich dies aus der Herkunft/Natur der Erträge ergibt oder ein sachlicher Zusammenhang dies erfordert. Da hier weder rechtliche Verpflichtungen noch sachliche Zusammenhänge zwischen Kaufpreiserlös und Straßen bzw. Wildparkbaumaßnahme bestehen, ist eine Zweckbindung ausgeschlossen. Eine beabsichtigte „regionale“ Verwendung innerhalb des Ortsteils ist daher nicht möglich, so dass gemäß § 14 GemHVO

der Grundsatz der Gesamtdeckung gilt.

Im städtischen Eigentum sind zudem die unbebauten Nachbargrundstücke. Hierzu wurde vom Bereich Stadtplanung mitgeteilt, dass diese Flurstücke für künftige Baugebietsausweisungen „Im Kappes“ in städtischem Eigentum bleiben sollten.“

Ortsbeirat Niedhammer (SPD) und Ortsbeirat Röth (SPD) erläutern nochmal die Thematik, dass es wichtig wäre, die Einnahmen für den Ortsteil Rheingönheim sinnvoll einzusetzen, falls es zu einer Veräußerung des Geländes käme.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um  
17:50 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.06.2018

---

Martina Majorosi  
Schriftführer/in

---

Julia-Caterina May  
Vorsitzende/r